

# Mängel in der Schlussrechnungsprüfung und deren Vermeidung (Teil 1)

## Gefahr erkannt = Gefahr gebannt

Prof. Dr. Reinhard Reck, StB, Braunschweig

### 1. Einleitung

Die nachstehenden Zeilen beleuchten Fehler bzw. zeigen diese auf, die im Rahmen einer Schlussrechnungsprüfung immer wieder zu finden sind und die Arbeit des Gerichtes aber auch eines bestellten Prüfers aufwendig machen, obwohl diese zu vermeiden wären, wenn vor Abgabe der Schlussrechnung bei Gericht geprüft wird, ob die nachstehenden Fehler nicht vorliegen. Die Zeilen erheben dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Die umfangreiche Aufgabe verlangt quasi zwangsläufig, dass die Darstellung in Teilen erfolgt. Am Anfang steht dabei die formale Kontrolle, die gefolgt wird vom Teil der materiellen Kontrolle, an die sich die Kontrolle der Dienstleister, bestehend aus Anwaltsleistungen, Steuerberatergebühren und sonstige Dienstleister anschließt, um im letzten Teil auf Fehler in den Berechnungsgrundlagen hinzuweisen.

### 2. Formale Beanstandungen

Im Weiteren sind formale Fehler aufgeführt, die im Laufe von Prüfungen immer wieder festgestellt wurden. Es handelt sich um Fehler, die nicht im Bereich der materiellen Verwertung und auch dem Einsatz von Dienstleistern bzw. der Berechnungsgrundlage zuzuordnen sind und, wie die nachstehenden Zeilen zeigen, zum Teil leicht vermeidbar sind.

#### 2.1 Das Dilemma der chronologischen Erfassung

Immer wieder werden in einzelnen Verfahren – insbesondere älteren Verfahren – allein Einnahmen oder Ausgaben in **chronologischer Reihenfolge** erfasst. Diese Art der Aufzeichnung sollte grds.

vermieden werden, da eine sachliche Gliederung der Einnahmen und Ausgaben auf unterschiedlichen Konten nicht stattfindet, was die Übersichtlichkeit erschwert und die Ermittlung eines Fortführungsergebnisses fast unmöglich macht.

Durch die chronologische Erfassung wächst auch das Risiko von Fehlern insbesondere bei der Ermittlung der Berechnungsgrundlage, da bei dieser Art der Erfassung durchlaufende Posten, der Geldtransit und auch Zahlungen auf Ab- und Aussonderungsrechte als Einnahmen und damit als Basis für die Berechnungsgrundlage erfasst werden, ohne dass eine Korrekturrechnung erfolgt, um die vorstehenden Einnahmen aus der Berechnungsgrundlage zu eliminieren, was bei einer umfangreichen Rechnungslegung (z.B. bestehend aus mehreren Leitzordnern) extrem aufwendig ist.

Vermeiden lassen sich die vorstehenden Mängel, indem alle Geschäftsvorfälle im System einer **doppelten Buchführung** erfasst werden (heute **Standardverfahren**). Jeder Geschäftsvorfall wird mithin einmal auf einem Geldkonto (Bank/Kasse) und dem Sachkonto (z.B. Rechtsanwaltsleistungen)



**StB Prof. Dr. Reinhard Reck** ist Honorarprofessor an der Universität Magdeburg und übernimmt u.a. die Prüfung von Schlussrechnungen für Insolvenzgerichte und Rechnungsprüfungen für Gläubigerausschüsse.  
[www.gutachter-reck.de](http://www.gutachter-reck.de)

erfasst, wobei die Sachkonten dann die Basis für die Berechnungsgrundlage bilden.

## 2.2 Vollständigkeit der Belege

In den Bereich der formalen Prüfung fällt auch die **Belegkontrolle**. Die Belegkontrolle ist sicherlich ein Hauptbestandteil der Rechnungsprüfung. Hier ist insbes. die **Vollständigkeit der Belege** zu prüfen. Schon an dieser Hürde – so muss festgestellt werden – scheitern einige Verwalter. Die Vollständigkeit der Belege ist immer wieder nicht erfüllt. Dies betrifft insbes. den Bereich der **Einnahmenseite**. Wieso die Rechnungen, die zu Einnahmen im Verfahren führen, nicht zu der Zahlung auf dem Konto gelegt werden, ist z.T. unerklärlich. Zur Begründung erhält man etwa die Antwort „das haben wir schon immer so gemacht“.

Eine weitere Begründung, die sonst nicht kommentiert werden soll, ist, dass die Buchung auf dem Kontoblatt der Beleg sei.

Die Folgen für den **Ablauf des Verfahrens** sind offensichtlich, denn durch die Nichtzuführung des Beleges zur Zahlung ist der Rechtspfleger gehalten, Nachfragen an den Verwalter zu richten, bei dem dies wiederum zu erhöhtem Arbeitsaufwand führt.

### Praxishinweis:

Sofern sich gar kein Beleg mehr findet, sollte der Verwalter einen Eigenbeleg (ggf. mit dem Hinweis, dass der Beleg nicht mehr beigebracht werden kann, da beispielsweise die gesetzliche Aufbewahrungsfristen beim Gläubiger abgelaufen sind) fertigen, der den Sachverhalt erläutert.

Nicht selten wird auch die nachstehende Begründung vorgebracht. Dem Geldeingang wurde kein Beleg zugeordnet, weil dies mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist.

Im Nachgang wird dann seitens der Verwalter vorgetragen, dass die Schwierigkeit darin liegt, dass die Zahlungseingänge nicht mit dem Rechnungsbetrag in Einklang stehen und der Beleg insofern entbehrlich sei bzw. die Dokumentation der Abweichung sich sehr aufwendig gestaltet.

Hier sei der Hinweis erlaubt, dass Kürzungen leicht zu begründen sind, wie z.B. durch nachstehende

Vermerke (genau hierüber möchte das Gericht auch eine Information erhalten):

- a) Anzahlung lag vor
- b) Mängel führten zur Rechnungskürzung
- c) Aufrechnung fand statt

Abschließend sei noch auf den Fall hingewiesen, dass auf dem Konto des Verwalters immer ein pfändbarer Betrag des Schuldners einging. Ein Beleg zu diesem lag nicht vor. Der Verwalter wurde daraufhin aufgefordert, einen Beleg vorzulegen. Dieser zeigte dem Gericht an, dass dies nicht möglich sei, da er (der Verwalter) vom Arbeitgeber kein Abrechnungspapier erhalte, da der Arbeitgeber nicht gegenüber dem Verwalter zur Abrechnung verpflichtet sei.

Hierzu ist zu bemerken, dass es richtig ist, dass der Verwalter selbst kein Abrechnungspapier (Lohnabrechnung) erhält. Der Verwalter sollte aber in der Lage sein, die Abrechnung vom Schuldner einzufordern, die dieser im Rahmen seiner Mitwirkungspflicht auch zu erbringen hat.

## 2.3 Vernichtung von Belegen

Völlig unerklärlich sind in diesem Zusammenhang Ausführungen von Verwaltern, dass gerade bei älteren Verfahren die **Belege vernichtet** wurden, da die **Aufbewahrungspflichten abgelaufen** waren. Am Rande sei hier angemerkt, dass bzgl. der Belege eine Aufbewahrungsfrist von acht **Jahren** gem. § 257 HGB bzw. § 147 AO gilt. Diese Aufbewahrungspflicht gilt allerdings nur für die handelsrechtliche bzw. steuerliche Rechnungslegung. Diese Aufbewahrungspflicht hat keinerlei Einfluss auf die Rechnungen, die gem. der InsO aufzubewahren sind<sup>1</sup>. Die Ausführungen zur Aufbewahrung gelten auch für die Abwicklung gem. GesO bzw. KO. Mit anderen Worten: Es kann bei einer ordentlichen Abwicklung zu keinem Verlust eines Beleges kommen.

## 2.4 Kalte Zwangsverwaltung und Belege

Vorstehend wurde die Vollständigkeit der Belege erörtert. In diesen Bereich fällt auch, dass alle Belege der Schlussrechnung beizulegen und zu buchen sind. Dies umfasst auch den Bereich einer kalten Zwangsverwaltung, die durch den Insolvenzverwalter durchgeführt wird. Bezüglich der Buchung der Zwangsverwaltung gilt, dass diese auf separaten Konten in der Insolvenzbuchführung zu erfassen ist, dies ist

<sup>1</sup> vgl. im Einzelnen *Riedel*, InsbÜO 2010, S. 222

zwingende Voraussetzung, um am Ende des Verfahrens eine angemessene Vergütung ermitteln zu können, auf die der Verwalter einen Anspruch hat. Denn dieser hat nur Anspruch auf eine Vergütung im Hinblick auf den erzielten Überschuss<sup>1</sup>. Dies bedingt, dies sei an dieser Stelle bemerkt, dass die Geschäftsvorfälle im Rahmen eines separaten Buchungskreises wie bei einer Unternehmensfortführung zu erfassen sind.

## 2.5 Das Belegwesen der wiederkehrenden Leistungen

Immer wieder ist gerade im Zusammenhang mit der Abrechnung von kalten Zwangsverwaltungen festzustellen, dass **wiederkehrende Beträge** nicht belegt werden. Dies gilt zum Beispiel für die Abschläge von Versorgungsträgern. Sicherlich ist es nicht zwingend erforderlich, den Beleg bei jeder Zahlung hinzuzufügen. Einmalig sollten die Abschlagsrechnungen pro Jahr allerdings beigelegt werden. Dies gilt auch für die Einnahmeseite, wo immer wieder festzustellen ist, dass die Mietverträge, die den Zahlungseingang belegen, nicht beigelegt werden.

## 2.6 Die Trennung der Massen

Es sei auch noch auf die formale Notwendigkeit hingewiesen, dass die **Massen** immer voneinander **zu trennen** sind, wenn es um **verschiedene Verfahren** geht. Das Führen von **Sammelkonten** für verschiedene Verfahren ist mithin untersagt. Spätestens seit dem Verfahren *Mühl* dürfte auch die Problematik vom Führen von Sammelkonten offensichtlich sein<sup>2</sup>. Darüber hinaus gilt es auch zu beachten, dass der Verband der deutschen Insolvenzverwalter in seinen Grundsätzen zur ordnungsgemäßen Insolvenzverwaltung (hier Grundsatz 43) fixiert, dass keine Sammelkonten zu führen sind, was bei IK Verfahren sicherlich nicht immer einfach ist, wie die Praxis zeigt.

Auch wenn insoweit z.T. seitens der Verwalter angeführt wird, dass durch das Führen von Sammelkonten die **Zinskonditionen** verbessert werden, ist dies unter Beachtung der **Verfahrenstrennung** nicht wünschenswert. Darüber hinaus ist auch anzumerken, dass das Auseinanderrechnen extrem hohe Anforderungen an einen Verwalter stellt, die dieser z.T. nicht leisten kann. Spätestens im letzten Verfahren werden im Regelfall dann Lücken offensichtlich, mit anderen Worten: Da sich bei der Abrechnung der Zinsen über viele Verfahren Fehler einschleichen, geht das letzte Verfahren „leer“ aus. Es erleidet einen Zinsschaden.

Eine weitere formale Fehlerquelle, die mit einer Verfahrenstrennung zu tun hat, ist, dass die **Einnahmen** auch immer auf dem entsprechenden Insolvenzverfahrensanderkonto zu erfassen sind. Einnahmen haben mithin **nichts auf Rechtsanwalts-Anderkonten zu suchen**, damit diese dann bei Gelegenheit ggf. an die Masse ausgekehrt werden.

Heyrath<sup>3</sup> merkt in diesem Zusammenhang auch kritisch an, dass derartige Machenschaften

nur schwer aufzudecken sind. Im Regelfall fällt dies allein am Ende des Verfahrens auf, wenn eine **Verwertungskontrolle** vorgenommen und festgestellt wird, dass einzelne Vermögensgegenstände nicht verwertet worden sind.

Die zeitliche Verweildauer auf einem Rechtsanwaltskonto und der damit einhergehende Zinsschaden entzieht sich im Regelfall der Prüfbarkeit und damit der Quantifizierung, es sei denn, man erhält Hinweise aus einem fortgeschriebenen Verzeichnis gemäß § 151 InsO, wo der Verfahrensstand dokumentiert wurde.

## 2.7 Die exakte Rechnungslegung im Sinne des Umsatzsteuerrechtes

Im Rahmen der **Insolvenzbuchführung** ist darauf zu achten, dass keine Fehler derart begangen werden,



**WIR BIETEN IHNEN DAS KOMPLETT-PAKET VON DER BEWERTUNG BIS ZUR VERMARKTUNG.**

Ob Anlagenverkauf, Fortführungslösung, Unternehmensnachfolge oder Insolvenz: Bei der Bewertung und Verwertung von Sachanlagen, Maschinen und Immobilien bieten wir Ihnen ganzheitliche Lösungen. Mit unserer Unterstützung setzen Sie Ihr Vorhaben professionell, transparent und bestmöglich um.

Vertrauen Sie auf unsere über 25-jährige Erfahrung.

**WEIL WIR MEHR KÖNNEN ALS INDUSTRIEUKTIONEN!**

**PLESER**

Weil wir mehr können als Industrieauktionen!

T +49 375 60 69 60  
E info@pleser.de  
www.pleser.de

<sup>1</sup> vgl. BGH v. 14.7.2016 - IX ZB 31/14

<sup>2</sup> vgl. hierzu auch *Mäusezahl*, ZInsO 2006, 580 ff.; *Frind*, ZInsO 2006, 182 ff. und *Heyrath*, ZInsO 2005, 1092 ff.

<sup>3</sup> vgl. *Heyrath*, ZInsO 2006, 1196 ff.

dass aus Rechnungen, die nicht die Voraussetzungen des § 14 des Umsatzsteuergesetzes erfüllen, Vorsteuer gezogen wird. Hierbei handelt es sich mithin um einen formalen Fehler, der allerdings auch materielle Konsequenzen haben kann. Im Rahmen von **Umsatzsteuersonderprüfungen** ist immer wieder festzustellen, dass **Steuernachforderungen** daraus resultieren, dass die Erfordernisse i.R.d. Rechnungslegung nicht den Ansprüchen des § 14 des Umsatzsteuergesetzes entsprechen. Insofern kommt es zur Nachentrichtung der Umsatzsteuer. Dies hat im Weiteren zur Konsequenz, dass natürlich auch **Zinsen** für die nicht entrichtete bzw. zu viel erstattete Steuer entstehen. Hierbei handelt es sich um einen Fehler, der **vom Verwalter zu vertreten** ist. Gegebenenfalls sind hier die Gläubiger aufgerufen, diese **Ansprüche** ggü. dem Verwalter **zugunsten der Masse geltend zu machen**<sup>1</sup>.

Fehler, die im Zusammenhang mit der Vorsteuer auftreten, sind nachstehend aufgeführt:

## Übersicht: Typische Fehler bzgl. der Vorsteuer

- Immer wieder sind **Rechnungen falsch adressiert**. Als Rechnungsempfänger wird häufig allein der Verwalter angegeben und nicht das die Leistung empfangende, wenn auch insolvente Unternehmen. Für den Vorsteuerabzug ist das insolvente Unternehmen auf der Rechnung zwingend zu vermerken.
- Mitunter ist auch festzustellen, dass die **Vorsteuer** aus den vorstehend beschriebenen Rechnungen **nicht gezogen** wird. Fiskalisch ist dieses Vorgehen richtig, nur der Masse gehen 19 % Vorsteuer verloren, weil keine ordnungsgemäße Rechnung vorliegt.
- Häufig fehlt auf **Kleinbetragsrechnungen** der Leistende, der Steuersatz oder die Lieferung oder Leistung ist völlig ungenügend beschrieben. Dennoch wird die Vorsteuer gezogen<sup>2</sup>.

- Zum Teil ist es auch nicht möglich, den **Leistungsempfänger** aus der Rechnung zu entnehmen. Gleiches gilt für den Leistenden. Aufgrund der Rechnungslegung kommen in einigen Fällen auf der Basis einer Rechnung zwei oder drei Leistende und Leistungsempfänger in Betracht. Diese Konstellation ist häufig festzustellen, wenn ein insolventes Unternehmen an ein anderes insolventes Unternehmen liefert.
- Immer wieder ist auch festzustellen, dass auf den Rechnungen die **Rechnungs- und/oder Steuernummer fehlt**.
- Gravierende Mängel sind auch in der **Bezeichnung der Art und Menge** der gelieferten Waren bzw. Leistungen festzustellen, dies gilt v.a., wenn **Beratungsleistungen** abgerechnet werden. Hier findet man z.B. die Formulierung: „Für die Beratungsleistung im Januar 2020 berechne ich Ihnen pauschal 1.000 €“. Für eine **ordnungsgemäße Rechnung**, die die Anforderungen des Vorsteuerabzuges erfüllt, ist eine derartige Bezeichnung nicht ausreichend. Mindestvoraussetzung wäre in diesem Fall, dass die **Anzahl der Stunden und der Stundensatz** deklariert werden.
- Leider ist auch immer wieder festzustellen, dass aus den Beschlüssen über die Vergütung der Verwalter die ausgewiesene Umsatzsteuer als Vorsteuer gezogen wird. Diese Vorgehensweise ist leider insofern nicht gesetzeskonform, da der Beschluss nicht zum Vorsteuerabzug im Verfahren berechtigt. Es handelt sich um keine Rechnung, die die Anforderungen i.S.d. § 14 UStG erfüllen kann. Ein Vorsteuerabzug ist nur dann zulässig, wenn der Verwalter eine Rechnung an das insolvente Unternehmen schreibt<sup>3</sup>.

## 2.8 Probleme im Bereich der Kassenführung

Formale Fehler lassen sich aber auch im Bereich der **Kassenbuchführung** feststellen. Hiermit ist gemeint, dass wirklich eine Kasse im Laufe des Verfahrens

<sup>1</sup> vgl. Reck, InsbÜrO 2004, 311

<sup>2</sup> vgl. hierzu im Einzelnen UStDV § 33

<sup>3</sup> In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, dass nicht immer der volle Vorsteuerabzug aus der Vergütung gegeben ist, da zum Teil umsatzsteuerfreie Geschäfte im Rahmen der Verwertung getätigt werden oder aber nicht steuerbare Umsätze (Verwertung des privaten Vermögens). Diese Umstände bedingen eine Kürzung des Vorsteuerabzuges aus der Verwaltervergütung. Wird dies nicht beachtet, kommt es zu

Rückforderungen vom Finanzamt. Die Zinsen, die in diesem Zusammenhang zu Lasten der Masse angefallen sind, sind vom Verwalter verursacht und durch diesen zu erstatten. Gleiches gilt für die Kosten des Einspruchs und eines Klageverfahrens. Diese Rechtswege sind bei der Klärung, ob die Kürzung bei der vorstehenden Konstellation gegeben ist, überflüssig, da die Rechtslage absolut eindeutig ist. Anders ist allein der Fall zu beurteilen, wenn es um die Höhe der Aufteilung geht.



geführt wird. Immer wieder ist festzustellen, dass es hier i.R.d. Kassenbuchführung zu **negativen Kassenbeständen**<sup>1</sup> kommt, wenn fortlaufend der Bestand ermittelt wird. Ursächlich hierfür ist im Regelfall ein formaler Fehler seitens des Verwalters. Die entsprechenden **Belege** werden z.T. erst **zum Ende einer Zeitperiode erfasst**, wobei dann die chronologische Erfassung leider etwas auf der Strecke bleibt. Dies bedingt zwangsläufig, dass negative Kassenbestände entstehen, da die Ausgaben vor den Einnahmen erfasst werden.

## 2.9 Erstattung von Anwaltsleistungen

Immer wieder ist im Rahmen der Abwicklung eines Verfahrens festzustellen, dass die involvierten Anwaltsleistungen als Massekosten behandelt werden, was auch nicht zu beanstanden ist.

Im Laufe des Verfahrens wird ein Prozess gewonnen. Die Kosten der Anwaltsleistung und die Gerichtskosten werden – sofern eine Leistungsfähigkeit vorliegt – von der Gegenseite daraufhin erstattet. Eine derartige Kostenerstattung wird dann allerdings als Erlös (sonstige Erstattungen) verbucht, was eine Berechnungsmasse erhöhende Wirkung hat.

Zur Begründung wird diesbezüglich seitens der Verwalter vorgetragen, dass der Debitor, der sich in Verzug befindet, dem Forderungsinhaber nach § 288 Abs. 4 BGB den durch den Verzug entstandenen Schaden zu ersetzen hat. Unter diesen Schadensbegriff fallen selbstverständlich auch die durch die Einschaltung eines Rechtsanwaltes zwecks Beibehaltung entstandenen Gebühren. Dass dieser Schadenersatzanspruch aus § 288 Abs. 4 in Verbindung mit § 281 BGB der Insolvenzmasse, die zuvor die Rechtsanwaltskosten verauslagt hat, zusteht, ist unbestreitbar. Warum ein solcher **Schadenersatzanspruch** und insbesondere der im Rahmen seiner Realisierung erzielte Erlös nicht Berechnungsmasse **erhöhende** Wirkung haben soll, ist daher nach Ansicht einiger Verwalter nicht nachvollziehbar.

Nach Ansicht des Verfassers dieser Zeilen kann man den Ausführungen der Verwalter generell zustimmen, soweit diese geltend machen, dass die Kosten für die Beauftragung der Anwälte durch den Debitor als Schadenersatz auszugleichen sind.

In diesem Zusammenhang ist jedoch die **Natur des Schadenersatzes** zu berücksichtigen. Mithin wird unter dem Begriff Schadenersatz allgemeingültig die Wiedergutmachung eines entstandenen Schadens verstanden. Durch diesen soll – in diesem Fall die Insolvenzmasse – so gestellt werden, als ob der Schaden nicht entstanden wäre. Der Schadenersatz zielt nicht auf eine Besserung ab.

Bei dem Ausgleich entstandener Rechtsanwaltsgebühren handelt es sich also um den Ausgleich des Schadens, der durch die nicht fristgerechte Zahlung entstanden ist. Insofern sind die Kosten in der Insolvenzbuchhaltung so zu erfassen, dass diese die Masse nicht belasten. Die erstatteten Kosten sind daher den verauslagten Kosten entgegenzusetzen. Die Erfassung als Einnahme scheidet mithin aus, da diese eine – eben nicht gewollte – Besserstellung zur Folge hätte.

Insofern gilt es auch zu beachten, dass die Vergütung nach dem Wert der Insolvenzmasse gemäß § 1 (1) InsVV zu berechnen ist. Der Wert einer Insolvenzmasse kann sich aber nicht durch die Erstattung von Anwaltskosten erhöhen. In der VergVO war dies in § 2 Nr. 3 explizit erwähnt, dass derartige Erstattungen die

siw

**SachverständigenInstitut**

**für Insolvenz- und Wirtschaftsrecht**



**Sachverständigenexpertise**

**Insolvenzrechtliche**

**(Schluss-)Rechnungslegung**

**& insolvenzrechtliches Vergütungsrecht**

<https://www.SylviaWipperfuerth.de/>

<sup>1</sup> Die es nicht geben kann; mehr als leer kann eine Barkasse nicht sein.

Berechnungsmasse nicht erhöhen dürfen. Gemäß dem Entwurf der Vergütungsordnung wurde diese Regelung gemäß *Stephan* und *Riedel* nicht in die InsVV übernommen, da es sich um eine Aussage handele, die eine Selbstverständlichkeit sei<sup>1</sup>.

Anmerkung: Folgt man den hier entwickelten Gedanken, dann gilt das Gleiche wie für die Anwaltskosten für Erstattungen durch die Stadtwerke etc.

Soweit durch die Debitoren Verzugszinsen geleistet werden, sind diese hingegen als Einnahme zu erfassen. Diese können vielmehr zusätzlich zu dem entstandenen Schaden geltend gemacht werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass erstattete Anwaltsgebühren vor dem Hintergrund der Ausführungen keine Berechnungsmasse erhöhende Wirkung haben dürfen. In diesem Zusammenhang gilt es außerdem auch zu beachten, dass es durch eine derartige Buchung zu einer **Doppelvergütung** kommen kann. Dies ist dann der Fall, wenn der Verwalter an einer Rechtsanwaltssozietät beteiligt ist, er verdient insofern an den abgerechneten Anwaltsgebühren. Ferner wird er aber nochmals vergütet durch die Erhöhung der Berechnungsmasse. Diese Auffassung wird nun auch vom BGH geteilt. Dieser führt in seinem Beschluss vom 19.11.2020 - IX ZB 21/20<sup>2</sup> aus: Vom Prozessgegner erstattete Prozesskosten und von der Gerichtskasse erstattete, nicht verbrauchte Gerichtskosten sind gegen die Masse verauslagten Kosten zu verrechnen; sie erhöhen die Berechnungsgrundlage der Vergütung des Insolvenzverwalters nicht.

Seitens einiger Verwalter wird auch der Einwand erhoben, dass die Zahlungen einzeln zu erfassen sind, da andernfalls gegen das Verrechnungsverbot gemäß § 246 (2) HGB verstoßen wird.

Hierzu ist zu bemerken, dass § 246 (2) HGB eine Spezialvorschrift für den handelsrechtlichen Jahresabschluss ist, der im Hinblick auf die Jahresabschlusstransparenz eine Verrechnung von Schulden und Vermögen bzw. Aufwand und Ertrag versagt. Im vorliegenden Fall geht es aber nicht um ein Problem, das den Jahresabschluss betrifft, es geht allein um eine ordnungsgemäße Abrechnung. Ferner geht es nicht um die Verrechnung von Aufwand

und Ertrag bzw. Vermögen und Schulden, sondern allein um die richtige Erfassung eines Geschäftsvorfalles auf den Konten aufgrund von Ein- und Auszahlungen. Die vom Verwalter angezogene Argumentation ist mithin nicht einschlägig.

## 2.10 Rechnerische Kontrolle

Ferner ist auch regelmäßig festzustellen, dass sich **Rechenfehler** einschleichen, sodass der Endbestand laut Buchführung nicht mit dem Endbestand lt. Konto übereinstimmt. Häufig handelt es sich hier um einfache Fehler in Form von „Zahlendrehern“.

### Beispiel:

*Statt 95 € als Ausgaben werden etwa 59 € erfasst. Dies bedingt, dass auf dem Konto weniger Geld ist als in den Aufzeichnungen. Würde man den Saldo der Bank kontinuierlich kontrollieren, würde solch ein Fehler nicht auftauchen.*

## 2.11 Belegablage

Rechtliche Vorschriften bzgl. der Belegablage gibt es im Rahmen der Rechnungslegung im Insolvenzverfahren nicht. Es kann auch keine Anleihe bei der handels- oder steuerrechtlichen Buchführung in diesem Zusammenhang gemacht werden, da es auch hier keine gesetzliche Bestimmung gibt. § 146 Abs. 5 AO spricht insofern allein von einer geordneten Ablage. Letztlich muss die Belegablage daher so erfolgen, dass ein **sachverständiger Dritter** (dies ist im Regelfall der Rechtspfleger) sich in angemessener Zeit einen Überblick über die Abwicklung im Verfahren verschaffen kann. Dies ist nur gewährleistet, wenn hinter dem jeweiligen gebuchten Bankbeleg (Zahlung) in der Insolvenz die Eingangs- bzw. Ausgangsrechnung sortiert wird. Eine getrennte Ablage nach Bankbelegen und Debitoren bzw. Kreditoren ist abzulehnen, da andernfalls der sachverständige Dritte in Form des Rechtspflegers sich nicht in angemessener Zeit einen Überblick über die Abwicklung des Verfahrens verschaffen kann. Hierzu mag man sich allein ein Insolvenzverfahren mit 3 Bankordnern und 15 Leitzordnern mit Kreditoren und Debitoren vorstellen, wenn ferner bedacht wird, dass eine Zahlung auf dem Bankkonto sich aus mehreren Debitoren bzw. Kreditoren zusammensetzen kann. Die Ausführungen dürften auch deutlich machen,

<sup>1</sup> vgl. *Riedel* im Kommentar InsVV von *Stephan, Riedel*, 2. Aufl., München 2021, § 1 InsVV, Rn. 90

<sup>2</sup> NWB Heft 1, 2021, S. 16

dass sich ein Insolvenzverwalter nicht wundern sollte, wenn die Rechnungslegung, die nicht der geschilderten Ablage folgt, wegen Nichtprüfbarkeit in angemessener Zeit zurückgegeben wird.

Die vorstehenden Ausführungen gelten dabei auch uneingeschränkt für den Fall der Eigenverwaltung, deren Schlussrechnung auch vom Gericht zu prüfen ist.

## 2.12 Führung von Altkonten

In vielen Insolvenzverfahren werden die Altkonten allein in der Art erfasst, dass der Übertrag auf das Anderkonto abgebildet wird. Dies ist bzgl. des Altkontos nicht zu beanstanden, wenn im Verfahren keine Geldtransfers auf dem Altkonto zu verzeichnen sind. Sind Geldbewegungen in Form von Einnahmen und Ausgaben zu verzeichnen, müssen diese im Rahmen der Rechnungslegung gebucht werden, um zum einen die Versilberung des Vermögens transparent darzustellen und zum anderen kann nur so kontrolliert werden, ob allein Masseverbindlichkeiten bezahlt werden und keine Tabellenforderung.

In der Literatur wird im Zusammenhang mit der Erfassung der Altkonten zum Teil die Meinung vertreten, dass die Erfassung des Altkontos mit einem Anfangsbestand von 0,00 € beginnen kann<sup>1</sup>. Im Regelfall weist das Konto aber einen negativen Bestand zur Eröffnung des Verfahrens auf<sup>2</sup>. Die Meinung, dass das Konto auch mit 0,00 € beginnen kann, überzeugt nicht, da das entsprechende Sachkonto (Bankkonto) nicht mit dem tatsächlichen Bestand übereinstimmt, was im Ergebnis zu einer Ungenauigkeit im Rahmen der Rechnungslegung führt, was abzulehnen ist. Es sind mithin die tatsächlichen und nicht die fiktiven Bestände abzubilden. Letztlich führt die Rechnungslegung mit einem sogenannten „Nullkonto“ im Regelfall zu einer Nachfrage des Rechtspflegers, da es ein Delta zu klären gilt (z.B. Bankbestand bei Eröffnung – 150.000 € (tatsächlich) und lt. Buchhaltung 0,00 €). Es kommt mithin zu einem vermeidbaren Mehraufwand.

## 3. Zusammenfassung

Die vorstehenden Zeilen zeigen, dass es auf der formalen Ebene eine Vielzahl von Fehlerquellen gibt,

die aber leicht vermeidbar sind. Das Abstellen derartiger Fehlerquellen kann dazu beitragen, dass die Belastung der Gerichte im Ergebnis verringert wird (Prüfungsaufwand sinkt, keine Nachfragen notwendig). Aber auch die Verwalter können sich durch das Abstellen der Fehler entlasten, da eine aufwendige Nacharbeit in Folge von Nachfragen vom Gericht vermieden werden kann.

## Fortbildung zum Thema

**Ungerechtfertigte Bereicherung der Insolvenzmasse als Masseverbindlichkeit (am Beispiel der typischen Fehlüberweisung): Auswirkung auf Verfahrensabwicklung, Schlussrechnung und Vergütung**

am 5. Mai mit Sylvia Wipperfürth & Dr. Thorsten Graeber bei AGV Seminare

**Stolperfallen bei Schlussrechnung, Schlussbericht und Vergütungsantrag**

am 7. Mai mit Dr. Frank Zimmer bei AGV Seminare

**Tue Gutes und berichte davon! – Was Insolvenzsachbearbeiter von Schlussrechnung und Vergütungsrecht wissen sollten!**

am 8. Mai mit Sylvia Wipperfürth & Dr. Thorsten Graeber bei AGV Seminare

**Schlussbericht – Anforderungen an den Schlussbericht aus Sicht des Schlussrechnungsprüfers**

am 2. Juni mit Sylvia Wipperfürth bei AGV Seminare

<sup>1</sup> vgl. Zimmer, Insolvenzbuchhaltung, 2. Auf., Köln 2016, S. 148

<sup>2</sup> Gilt auch für das Eröffnungsverfahren.